

Schwedter Tageblatt

Bekundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Umhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gebühr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 163

Freitag, den 13. Juli 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

Die Malmgren-Gruppe ist von dem russischen Flieger Tschuchnowski aufgegriffen und gerettet worden. Malmgren selbst war aber bereits seit einem Monat tot.
Der Gesandte Kauscher in Warschau hat im polnischen Außenministerium wegen der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen vorgeschlagen.
Der Reichstag hat am Donnerstag die Ausschuhvorlage über die Steuerermäßigung nach heftiger Debatte endgültig angenommen. Am Freitag verlag sich das Haus.
Die Unterlungung im Fall Kalubowski ergab, daß keinerlei Anhaltspunkte für ein Fehlurteil zu finden waren. Die Unterlungungen werden jedoch noch fortgesetzt.
In Berlin ist die deutsche Antwort auf die Kellogg-Note dem amerikanischen Botschafter überreicht worden.

Deutsche Antwort an Kellogg.

Die Note in Berlin überreicht.

Dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin ist die deutsche Antwortnote auf den amerikanischen Vorschlag eines Kriegsächtungspaktes überreicht worden.

Die Note, die erst morgen nach dem Eintreffen in Washington veröffentlicht werden soll, ist verhältnismäßig kurz. Es wird darin lediglich die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Unterzeichnung des sogenannten Kellogg-Paktes ausgesprochen, ohne daß dabei auf die bekannten Auseinandersetzungen näher eingegangen wird, die in den letzten Monaten im Anschluß an die französischen Gegenwortschläge erfolgten.

Auch Frankreichs Note fertig.

Nach Meldungen aus Paris ist die französische Note fertiggestellt und vom Kabinett genehmigt. Sie wird heute oder morgen überreicht werden. Dem gewöhnlich gut unterrichteten „Excelsior“ zufolge nimmt die französische Regierung in ihrer Note Kenntnis von der Zurückziehung der französischen Vorbehalte und der amtlichen Auslegung des vorgeschlagenen Paktes durch Kellogg. Die französische Note stellt eine erläuternde Note zum Pakte dar, die den französischen Standpunkt zu den verschiedenen Fragen klarlegt, die in dem eigentlichen Vertragstext der amerikanischen Regierung nicht Aufnahme fanden.

Verzögerung in London.

Wie aus London berichtet wird, erklärte gestern Chamberlain im englischen Unterhaus, er glaube zuversichtlich, die Antwort der britischen Regierung auf die Vorschläge des Staatssekretärs Kellogg noch vor Abschluß der gegenwärtigen Parlamentstagung absenden zu können. Chamberlain wies weiter die Behauptung, worauf er die Absicht habe, die Vorschläge des amerikanischen Staatssekretärs abzuändern, nachdrücklich zurück und betonte, daß die Verzögerung in der Absendung der britischen Antwortnote nicht auf die Rücksprache mit den Dominions, sondern darauf zurückzuführen sei, daß ein solch bedeutender Vorschlag einer genauen Prüfung bedürfe.

Juristen-Konferenz in Berlin.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat am 3. Juli in Berlin eine Konferenz zwischen dem französischen Juristen Fromageot, dem englischen Juristen Hurst und dem deutschen Juristen Gaus stattgefunden, in der man sich mit dem amerikanischen Kriegsvertragspakt befaßte. Es handelte sich jedoch, so wird erklärt, nur um einen unverbindlichen Meinungsaustrausch, was schon daraus hervorgeht, daß die ausländischen Juristen keinen offiziellen Besuch bei Staatssekretär von Schubert, dem Vertreter des Reichsaußenministers, machten. Einen Einfluß auf die deutsche Antwortnote konnten die Besprechungen schon deshalb nicht ausüben, weil deren Wortlaut in diesen Tagen bereits feststand.

Erste Fühlungnahme in Warschau.

Kauscher im polnischen Außenministerium.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Kauscher stattete gestern nachmittag in der Westabteilung des polnischen Außenministeriums einen Besuch ab, bei dem er entsprechend dem letzten Besuch der deutschen Regierung Rücksprache über die Möglichkeiten einer Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen nahm.

Ueber das Ergebnis der Besprechungen ist bisher noch nichts bekannt geworden. Es ist aber anzunehmen, daß polnischerseits neuen Verhandlungen nichts entgegengestellt wird. Erfahrungsgemäß tauchen die Schwierigkeiten immer erst während der Besprechungen auf, wenn Voten sich

weiter auf den deutschfeindlichen Standpunkt stellen und besonders die Gesetze in den Grenzgebieten nicht so abmildern will, wie es für die Durchführung erträglicher Handelsbeziehungen unerlässlich ist.

Steuerermäßigung angenommen.

Mit 263 gegen 187 Stimmen.

Der Reichstag hat gestern nachmittag die am Vormittag vom Ausschuh angenommene Steuerermäßigung mit 263 gegen 187 Stimmen angenommen. Die vorhergehende Debatte war außerordentlich lebhaft gewesen. Nach dem Reichstag wird jedoch der Reichsrat noch Stellung dazu nehmen müssen. Es ist nun bekannt, daß verschiedene Länder, unter ihnen auch Preußen, gegen die Vorlage sind, so daß hier eine Ablehnung durchaus möglich ist. Die Steuerermäßigung kann daher unter Umständen auch am 1. Oktober noch nicht in Kraft treten.

Der Reichstag befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit den Steuererleichterungsanträgen. Zur Beratung stand der von den Kommunisten beantragte Gesetzesentwurf auf Aufhebung der Lohnsteuer.

Der Ausschuh beantragte einem in einer Vormittags-Sitzung gefaßten Beschluß entsprechend mit Wirkung ab 1. Oktober den von der Lohnsteuer monatlich erfolgenden Abzug von 15 Prozent auf 25 Prozent bzw. höchstens 3 Mark monatlich zu erhöhen. Unter die Ermäßigung sollen Einkommen bis zu 15000 Mark fallen. Ferner soll eine Ermäßigung dadurch erfolgen, daß das zu versteuernde Monats-einkommen auf volle 5 Mark nach unten abgerundet wird. In einer Entscheidung ersucht der Ausschuh die Regierung angesichts des hohen Steuerdrucks, in den Sommermonaten eine Prüfung der Frage der Einkommensteuer in den unteren und mittleren Stufen durchzuführen und dabei die von den Parteien gestellten Anträge zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) warf der Sozialdemokratie Demagogie vor, da sie heute denselben Weg weitergehe, den der Bürokratie begangen habe.

Abg. Rademacher (Dnat.) wies auf die eigenartige Sachlage hin, daß die Steuererleichterung nur gegen die Stimmen zweier Koalitionsparteien und mit den Stimmen der Kommunisten angenommen werden könne. Diese Steuererleichterung mache tatsächlich für die kleinen Einkommen monatlich nur 20 Pfennig, für dieses Steuerjahr insgesamt 60 Pfennig, aus. Man wolle nur verschleiern, daß tatsächlich die Steuerpolitik des dreimal ungeligen Bürgerblocks fortgesetzt werde.

Abg. Dr. Herlacher (Bayer. Vp.) äußerte starke Bedenken gegen die Vorlage. Es sei außerordentlich zu bedauern, daß Steuererleichterungen ohne Rücksicht auf Länder und Gemeinden vorgenommen werden. Der Redner tritt für die Vertagung der Frage bis zum Herbst ein.

Abg. Herz (Soz.) wies darauf hin, daß man nach der Stellungnahme der bisherigen Redner mit einer Ablehnung im Plenum rechnen müsse. Auch die Sozialdemokraten seien der Auffassung, daß die Senkung außerordentlich gering sei. Die Möglichkeiten einer weiteren Ermäßigung der Lohnsteuer würden durch die Annahme des vorliegenden Entwurfs durchaus nicht verbaut.

Eingegangen war ein Antrag der Deutschen und Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, den Gesetzesentwurf bis zum Herbst zurückzustellen und dann gemeinsam mit den Reformen auf anderen Steuergebieten zu behandeln.

Abg. Drewitz (Wirtsch. P.) stimmte den Antrag auf Zurückstellung bis zum Herbst zu. Jetzt könne doch nur Stückwerk geschaffen werden; notwendig aber sei eine grundsätzliche Regelung.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) erklärte, seine Partei stimme der jetzigen Steuererleichterung nur unter der festen Voraussetzung zu, daß die für den Januar vorgesehene Reform damit vorweggenommen werde.

Abg. Dr. Beder-Hessen (DWB.) trat für die Verschiebung der Steuererleichterungsfrage bis zum Herbst ein. Es bestehe auch die Gefahr, daß man sich durch die Vorwegnahme der Lohnsteuer andere Steuerreformen verbaue.

Abg. Dr. Fajers-Röhl (Dem.) sah in der Vorlage den ersten Schritt zur Erfüllung des Regierungsprogramms.

Abg. n. Engel (Christl. Nat. P.) erklärte, die letzte Vorlage entspringe nur einem agitatorischen Bedürfnis und werde von seiner Partei abgelehnt.

Darauf wurde die Debatte geschlossen und über den kommunistischen Antrag, das Einkommenminimum auf 1690 Mark zu erhöhen, abgestimmt. Mit 348 gegen 59 Stimmen verfiel dieser Antrag der Ablehnung.

Darauf wurde über den Ausschuhentwurf abgestimmt. Da die erste Abstimmung keine endgültige Klarheit brachte, stimmte man einzeln ab, wobei für den Paragraphen 1 263 gegen 187 Stimmen abgegeben wurden. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten, das Ren-

trum, die Nationalsozialisten und einzelne Abgeordnete der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Dann wurden die restlichen Paragraphen mit gleicher Mehrheit angenommen.

In der dritten Lesung brachte die Wirtschaftspartei den Antrag ein, die Vorlage erneut dem Ausschuh zu überweisen, mit der Maßgabe, daß das Mehrkommen den Ländern überlassen werde.

Der Kommunist Neugebauer polemisierte gegen die Sozialdemokraten und erklärte, daß diese Steuerermäßigung durchschnittlich einen halben Pfennig pro Tag erbrächte.

Unter Ablehnung des Antrages der Wirtschaftspartei wurde die Vorlage auch in dritter Lesung angenommen. Das Haus trat dann in die zweite Beratung des Handelsvertrages mit Stam ein.

Die drohende Tarif-Erhöhung.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn betont die Notwendigkeit. — Verkehrsausschließung in Ostpreußen.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hielt in Königsberg (Pr.) seine Sommertagung ab und nahm dabei Gelegenheit, sich ein Bild von der besonderen Wirtschaftslage Ostpreußens zu verschaffen. Um bei der Verkehrserschließung der Provinz mitzuwirken, wurde eine Beteiligung an der Kraftverkehrsgesellschaft Ostpreußen beschlossen.

Die Tarifhöherungsfrage konnte in dieser Sitzung in der Hauptsache nur referierend behandelt werden, da eine endgültige Stellungnahme der neuen Reichsregierung noch nicht vorlag. Durch die eingetretene Verzögerung hat sich die Notwendigkeit einer Tarifhöherung noch gesteigert, der Ausgabenbedarf ist noch gestiegen. Angesichts dieser Sachlage wird der Verwaltungsrat zu definitiver Stellungnahme in kurzer Zeit wieder zusammentreten.

Botschafter von Hoersch bei Poincare.

„Aufklärungen über die neue Regierung.“

Die deutsche Pariser Botschaft veröffentlicht folgende halbamtliche Mitteilung: „Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte eine einstündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincare. Der Botschafter gab zunächst einige Aufklärungen über die deutsche Regierungsbildung. Im weiteren Verlaufe des Gesprächs wurde in allgemeiner Weise der gegenwärtige Stand der deutsch-französischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit erörtert.“

Um den Schutz der Berufsbezeichnung.

Der Reichswirtschaftsrat vernimmt Sachverständige.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat ist vom Reichswirtschaftsminister um ein Gutachten zu der Frage gebeten worden, wie die Befugnis zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit einer Bezeichnung, die auf eine Tätigkeit im Baugewerbe hinweist, zweckmäßig geregelt werden kann und welche Forderungen aus dieser Regelung für den Schutz der Berufsbezeichnungen der Privatarchitekten, Ingenieure, vererdigten Landmesser und selbständigen öffentlichen Chemiker abzuleiten sind.

Der mit der Vorbereitung des Gutachtens betraute Arbeitsausschuh hat beschlossen, Vertreter der an der Frage interessierten Organisationen als Sachverständige zu vernehmen. Diese Vernehmungen sollen in den Sitzungen am 20., 21. und 22. September 1928 stattfinden.

Politische Rundschau.

Keine Splitterparteien bei den preussischen Wahlen.

Berlin, 12. Juli. Der Gesetzesentwurf für die preussischen Wahlen will bei den Provinziallandtagswahlen einer unerwünschten Bildung von Splitterparteien vorbeugen und ändert den § 12 Absatz 2 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage dahin ab, daß eine Verbindung von Wahlvorschlägen verschiedener Parteien zu einer gemeinsamen Gruppe nicht mehr zulässig ist. Der Gesetzesentwurf schreibt sodann vor, daß nach der jedesmaligen Neuwahl eines Kreisstages die Kreisdeputierten und Amtsvorsteher neu zu wählen sind.

Befriedigender Jahresabschluss der Deutschen Reichspost für 1927.

Berlin, 11. Juli. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hielt am 9. und 10. Juli eine Sitzung ab. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete der Jahresabschluss der Deutschen Reichspost für 1927, der infolge gün-